

WÄHLERGEMEINSCHAFT



Neujahrsempfang 13.1.2013 , 15.00 Uhr der BI/WPS in der Schlossberg Halle in Starnberg; Dankesworte des Vorsitzenden der WPS, Prof. Dr. Günther Picker:

Sehr geehrte Frau Bundesjustizministerin, Leutheusser-Schnarrenberger, sehr geehrte Kreisräte, sehr geehrte Stadtratskollegen, sehr geehrter Herr Prof. Diesfeld, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Danksagung)

die WPS, Wählergemeinschaft pro Starnberg, ist der politische Arm der Bürgerinitiative Pro Umfahrung Contra Amtstunnel und vertritt im Starnberger Stadtrat die Starnberger Bürger. Diesen Neujahrsempfang nimmt die WPS zum Anlass, sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen, Herr Prof. Diesfeld, dem Vorstand und den Beiräten der Bürgerinitiative „Pro Umfahrung - contra Amtstunnel“ zu bedanken. Besonders bedanke ich mich bei Familie Illgut und ihren Helfern für die gastronomische Ausrichtung des heutigen Nachmittags.

Ich begrüße die Gäste von BLS, BMS, FDP und Senioren-Union der CSU, von dem Verein Schöner zum See und von dem Verein zur Erhaltung der stadteigenen Grünflächen; die Vertreter der Initiativen in Hanfeld, der Alpspitzstraße und vom BOS-Turm Alersberg, der Ottostraße gegen den Klettergarten, für Erhalt und Erwerb des Gestüts Isarland durch die Stadt Starnberg und die Vertreter der Initiativen gegen Verschandelung unseres Naherholungsgebiets durch Windkraft. Die WPS weiß die Zusammenarbeit mit Ihnen allen zu schätzen.

Ich bedanke mich bei meinen Stadtratskollegen Dr. Klaus Rieskamp und Dr. Benno Gantner für die harmonische und unkomplizierte Zusammenarbeit. Mein besonderer Dank gilt meinen Kollegen im Vorstand, Beirat und den Mitgliedern der WPS. Stellvertretend für alle nenne ich die Namen Altwickler, Ardelt, Familie Beeker, Prof. Bomhard, Ferstl, Dr. Huber, Kammerl, Kindlein, Kröniger, Remke, Stahl und Dr. Schulz. Mein besonderer Dank gilt der Presse und unserem Pressereferenten Alexander Kammerl.

Wir sind unabhängig. Unser politisches Engagement dient dem Gemeinwohl, also Ihnen und unser aller Lebensbedingungen in Starnberg. Lassen Sie mich Ihnen einen kurzen Sachstandsbericht über unsere politische Tätigkeit geben.

(Keine Angst vor Versiegelung, aber Pflege der Natur tut not)

Von den 62 qkm Starnberger Stadtfläche sind nur 11% in irgendeiner Form baulich genutzt. Die restlichen 89% sind Naturfläche. Das ständige Angstgerede der GRÜNEN Starnberg werde zubetoniert, ist falsch. Stattdessen sollten sich die Grünen lieber um die Pflege der 89% Grünflächen kümmern.

Der UWG-Bürgermeister lässt die Bäume in Starnberg ungepflegt wachsen. Sichtachsen dürfen nicht freigeschnitten werden. Vom Feldherrnhügel und heutigem Kinder-

spielplatz in der Blumensiedlung kann man nicht mehr auf den See sehen. Der Bürgermeister weigert sich dies zu ändern.

Durch die Allianz mit der UWG sind den Grünen die Hände gebunden dies zu ändern. Wer von uns erinnert sich nicht an den langen Laubengang zwischen Undosa- und Bahnunterführung mit seinen vielen Nischen, die an lauen Sommerabenden zum Verweilen einluden. Diese Bäume sind heute durchgewachsen und versperren den Blick von Stadt und Bahnsteigen auf den See. Ein Laubengang dem schon Oskar Maria Graf in seinem „Das bayrische Dekameron: der Lurer“ ein Denkmal gesetzt hatte.

(Alle sollen aufs Fahrrad; Radwege; Tempo-30-Zonen)

Die für Starnberg unheilvolle Allianz von UWG, GRÜNEN, SPD und Rest-CSU meint Starnbergs Verkehrsprobleme nur mit dem Bau von Radwegen lösen zu können. Sie übersehen dabei, dass 67 % der Starnberger altersbedingt, durch Mobilitätsbeeinträchtigung oder als Familienmütter, ihre Erledigungen mit dem Auto machen müssen.

Ebenso meinen sie den Starnberger Verkehr durch Tempo 30-Zonen und Fußgänger-Zonen verringern zu können. Wie der gewaltige Verkehr in der Ferdinand-Maria Straße beweist, lässt sich ein Schleichverkehr durch die Wohngebiete so nicht vergraulen. Was steigt ist einzig und allein die Gefährdung der Gesundheit der Anlieger.

Zudem löst eine Tempo 30-Zone erhebliche Anliegerkosten aus. Diese Gruppierungen gehen von einer ununterbrochenen Zahllaune unserer Bürger aus. Dass auch Starnberger Bürgern finanzielle Grenzen gesetzt sind, kommt diesen Herrschaften nicht in den Sinn. Die WPS weiß: Grundstückseigentümer zu sein, heißt noch lange nicht auch liquide zu sein. Angesichts der hohen Anzahl Starnberger Rentner und Pensionisten könnte man sich das eigentlich denken.

(Erstes Schicksalsthema: Tunnel, Umfahrung, Gesundheit, Klage, Öffnung Petersbrunner Straße;

Abb. 1

tägliche Fahrten im Stadtgebiet von Starnberg

Ziel-/ Quellverkehr z.B. Berufsverkehr (Aus - u. Einpendler) Lieferverkehr	46.000
Durchgangsverkehr z.B. Pendler aus Weilheim, Westufer	22.000
Binnenverkehr z.B. Besorgungen/ Einkauf	40.000
Gesamtverkehr davon ca. 10 % im B2-Tunnel	108.000

(Ziel-Quellverkehr, Durchgangsverkehr Zählung 2003)

Unreflektiert ist auch der von den GRÜNEN, der SPD und der UWG propagierte angebliche Tunnelgewinn für den Starnberger Verkehrsverhau. Sie behaupten, der Verkehr würde durch den Tunnel um mehr als 50% entlastet. Dieses ist falsch. Richtig ist, dass der Tunnel nur maximal 10% Verkehrsentslastung bringt.

Wie kommen diese unterschiedlichen Aussagen zustande? Sie stellen nicht auf den Gesamtverkehr sondern, nur auf einen Teil des Gesamtverkehrs, den Durchgangsverkehr von 22.000 Autos ab. Von diesem gehen wiederum nur ca. 10.000 durch den Tunnel, der Rest muss oberirdisch fahren, wenn er in die 4 Staatsstraßen: Hanfelder -, Söckinger -, Gautinger-, Possenhofener Straße usw. abbiegen will.

Für diese 10% Verkehrsentslastung 165 Millionen auszugeben ist Steuerverschwendung.

Abgesehen davon, löst der Tunnel auch nicht das verkehrsverursachte Gesundheitsproblem, d. h. Lärm, Feinstaub und Auspuffabgase. Im Gegenteil, der von den Tunnelbefürwortern geplante Abgasturm neben dem Schlossgarten konzentriert Feinstaub und Abgase noch zusätzlich. Die UWG, SPD, Grüne und Rest-CSU stehen wohl auf dem Standpunkt: "Die Starnberger Kinder sollen den Dreck ruhig schlucken."

In Hinblick auf die zudem nicht gegebene Sicherheit des geplanten Tunnels machen die Tunnelbefürworter die Bevölkerung glauben, dass nichts passieren könne, besitze doch jeder Tunnelbenutzer einen Schutzengel. In namentlicher Abstimmung wurde von ihnen im Stadtrat am 11.4.11 unser Sicherheitsnachrüstungs-Antrag mit 17:13 abgelehnt.

Die WPS dankt den Starnberger Bürgern, die am 4. Oktober 2012 die Zivilcourage bewiesen haben, den Freistaat Bayern beim Bay. Verwaltungsgerichtshof auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses wegen Funktionslosigkeit des Tunnels zu verklagen.

Die von uns propagierte Umfahrungslösung würde zum halben Preis das Gesundheitsproblem und 60% des Starnberger Verkehrsproblems lösen.

Die Kommunalwahl im Frühjahr 2014 wird in der Frage „Tunnel oder Umfahrung“ zur Schicksalswahl werden. Unterstützen Sie uns. Geben sie uns Ihre Stimme.

Schaffen wir die Stadtratsmehrheit, wird der Tunnel ad acta gelegt und die Umfahrung in Angriff genommen.

Von unserem Umfahrungsversprechen 2008 läuft derzeit der Umbau des Maxhof-Knotens und das Planfeststellungsverfahren Westumfahrung. Auch hier sind es u.a. wieder die GRÜNEN, die meinen, dass die Gesundheit der Bürger hinter dem Schutz der Kröten rangiert. Sie wollen deshalb gegen den Planfeststellungsbeschluss klagen. Wie wird sich der „Verein umweltbewusste Verkehrsentslastung Starnberg“ verhalten, der satzungsgemäß den Bau von Umgehungsstraßen ausschließt? Da er von UWG, SPD, GRÜNEN und Rest-CSU getragen wird, müsste er eigentlich gegen die eigenen Mandatsträger klagen!

(Zweites Schicksalsthema: Seeanbindung; Verlängerung Bahnverträge; Anlage 1 und 4; Visualisierung; 80km/h;

Lassen Sie mich zum zweiten Schicksalsthema für Starnberg, der Seeanbindung, kommen.

In der Bürgerversammlung im November 2012 hatte eine Bürgerin, gefragt, ob es richtig sei, dass die Stadträte, die dem Antrag zur Seeanbindung am 30.1.12 zugestimmt hatten, die zugrunde liegenden Bahnverträge teilweise überhaupt nicht kannten. Der zweite Bürgermeister Jägerhuber antwortete, dass alle Stadträte die Verträge gehabt hätten. Der Bürgermeister hatte dem, laut Protokoll, nichts hinzuzufügen. Ich widersprach dieser Aussage vehement und erklärte, die Verträge hätten tatsächlich nicht allen Stadträten vorgelegen. Frau Barall-Quiring und ich, hätten schon am 30.1.12 zu Protokoll erklärt, wir würden keinen Verträgen zustimmen, die wir nicht kennen. Die Stadträte Hans Beigel, Friedrich Urban, Gerd Weger erhielten die Verträge ebenfalls erst im März/April 2012. Holger Knigge und Ludwig Jägerhuber ließen sich nur die Anlagen 1 und 4 zu diesen Verträgen aushändigen.

Sie sehen, wie berechtigt die Frage der Bürgerin war. Keiner von Ihnen, meine Damen und Herren, würde einen Vertrag unterschreiben, den er nicht vorher zur Prüfung ausgehändigt erhalten hat.

Außerdem lasse ich nicht zu, dass eine Bürgerin, die den Mut hat, in einer Stadtrats-sitzung oder Bürgerversammlung eine Frage zu stellen, vor versammelter Mannschaft abgekanzelt wird. Meine Damen und Herren, das ist schlechte Erziehung. Aber in Starnberg wird anders gedacht. Mir wurde schlechte Erziehung attestiert, weil ich nicht den Mund gehalten habe: Es sei doch Pflicht eines Stadtrats sich solidarisch gegen die Bürger zu verhalten und zu mauern.

Warum reite ich so auf diesem Thema herum? Warum wäre die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses von 30.1.2012 so fatal für Starnberg? Weil in dieser Sitzung die Verwaltung gegen die Stimmen von WPS, BLS und FDP von den anderen Gruppierungen beauftragt wurde, mit der Bundesbahn Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung über das Jahr 2017 hinaus zu führen. Dies wäre der erneute Einstieg in ein finanzielles Fass ohne Boden und würde zu einer Verhuzung Starnbergs führen. Der Bahnvertrag sieht vor, dass der Bahndamm im Norden der S-Kurve an die Innenstadt gerückt wird und auf den Südkurve an den See. Die Kosten dieser Maßnahme trägt allein die Stadt ohne eine Kostendeckelung.

Meine Damen und Herren, diese Verlegung des Bahndamms in Richtung Innenstadt ergibt sich eindeutig aus den Anlagen 1 und 4 zum Vertrag von 1987. Der WPS ist bis heute unklar, warum dies den Stadträten von UWG, SPD, Grünen und Beigel-CSU nie aufgefallen ist. Wollen diese Leute dies jetzt vertuschen? Fordert die SPD deshalb im Stadtrat mehr Solidarität gegen die Bürgerinteressen?

Vielleicht, weil jetzt öffentlich ist, dass sich Teile von ihnen diese Anlagen auch erst Ende April 2012 haben aushändigen lassen. Von CSU-Jägerhuber und SPD-Knigge ist dies belegt.

Als die WPS diese Anlagen Ende April 2012 endlich in Händen hielt, wurde uns der Eiertanz des Bürgermeisters um die Geheimhaltung dieser Verträge schlagartig klar.

Wir haben daraufhin im Juli 2012 den nicht-öffentlich tagenden Arbeitskreis "Seeanbindung" des Stadtrats verlassen. Zwischenzeitlich hat auch die FDP diesen Arbeitskreis verlassen.

Nur weil wir uns nicht missbrauchen lassen, wurden wir von den GRÜNEN als populistischer Anti-Stadtrat, von der SPD als „Deserteure im politischen Prozess“ und vom Bürgermeister als Gruppierung, die sich aus der Verantwortung stellen will, beschimpft. Jägerhuber von der Rest-CSU unterstellte uns egoistische Machtspielchen. Er sollte erst mal vor seiner eigenen Tür kehren.

Dieser Bahnvertrag ist also keine einmalige Chance für Starnberg und seine Bürger – wie die UWG, SPD, GRÜNEN und die Rest-CSU immer wieder glauben machen wollen - sondern einzig und allein eine einmalige Chance für die Bundesbahn. Wie Stadträte solchen Verträgen zustimmen können und konnten, ist mir völlig schleierhaft. Es zeigt sich aber, wie wichtig deren politische Ablösung ist.

Abbildung 2



Wie Sie hier sehen, führt die Umsetzung dieser Verträge zu einer massiven Verschandelung Starnbergs. Diese Verschandelung darf die Stadt auch noch selbst zahlen.

- Der Bahndamm rückt im nördlichen Teil der S-Kurve stadteinwärts, und zwar soweit an den Bahnhofplatz heran, dass alle Parkplätze und Freiflächen beim ehemaligen Lagerhaus inklusive der Parkplätze unter dem Bahndamm begraben werden.
- Die Kreuzung Kaiser-Wilhelmstr./ Bahnhofstraße endet zukünftig direkt am Bahndamm.

- Der Bahndamm begräbt die Lagerhalle nebst Vorplatz unter sich,
- führt dann 1,5 m am historischen Kultur-Bahnhof-See-Gebäude vorbei,
- geht bei der Undosa-Unterführung bis auf 1,5 m ans Wasser heran und führt,
- dann irgendwo auf der Seepromenade südlich vom Undosa wieder auf den alten Bahndamm zurück.
- Die Undosa-Unterführung wird natürlich zugeschüttet;
- die jetzigen Bootshütten verschwinden. Sie sollen angeblich weiter im See neu entstehen.
- Die Seepromenade wird entweder über Holzstege oder eine Seeaufschüttung umgeleitet. Die sich am Planungsworkshop beteiligenden Architektenbüros sind aufgerufen, derartige Lösungen anzubieten. Die Grünen haben schon signalisiert, dass sie sich eine kleine Aufschüttung im See vorstellen können. Sie treten damit den FFH-Schutz mit Füßen. FFH-Schutz, ein Postulat, auf das sie sich bei der Nordost-Umfahrung ständig berufen. Solche Opportunisten sind für mich unwählbar.
- Es soll zudem eine völlig neue Bahnsteiganlage mit Unterführung in Verlängerung der Kaiser-Wilhelmstraße entstehen - also der dritte Bahnhof.

Meine Damen und Herren, dies ist kein verfrühter Aprilscherz. Bürgermeister, UWG, SPD, Rest-CSU und die GRÜNEN verfolgen dieses Ziel weiterhin ernsthaft. Sie sind weiterhin davon überzeugt, dass diese Verunstaltung eine einmalige Chance für Starnberg sei.

Überzeugen Sie sich vor Ort und gehen sie am Samstag, den 19. Januar um 14.00 Uhr, Treffpunkt am Bahnhof See, zum Ortstermin "Visualisierung der Gleisverlegung". Auf den hinteren Tischen liegen entsprechende Flyer des Vereins „Schöner zum See“ aus. Nehmen sie diese als Erinnerungsstütze mit.

Kommt es bzgl. der „Verlängerung der Bahnverträge über 2017 hinaus“ zu keiner Änderung der Beschlusslage im Stadtrat, sehen wir uns gezwungen, ein Umdenken mit einem Bürgerentscheid durchzusetzen.

Um der Starnberger Politik in ihrem Sinne Beine zu machen, lässt die Bahn zwischenzeitlich ihre Fahrgäste im Regen stehen. Sie hat die Bahnsteigdächer aus statischen Gründen entfernt. Auch die Stadtverwaltung trägt das ihre zum Vergammeln des Bahnhof See bei. Seit Jahren sind die Fenster des historischen Bahnhofsgebäudes ungeputzt!

Von der jahrelang verdreckten und unbenutzbaren Toilettenanlage am Bahnhof See möchte ich gar nicht mehr sprechen. Dass wir dort heute wieder funktionierende Toiletten haben, haben wir einzig und allein der Eigeninitiative unserer Stadträtin Eva John unter Mitwirkung von Freunden und den Stadtratskollegen Pfister und Rieskamp zu verdanken. Erstaunlich, sie schaffte die Renovierung in nur 4 Wochen. Chapeau Frau John.

Es wird höchste Zeit bei der nächsten Kommunalwahl im März 2014 diesem Spuk auch wegen der Bahnverträge ein Ende zu bereiten.

Meine Damen und Herren, Sie verstehen, warum Starnberg dringend den Wechsel braucht. Im Rathaus wird massiv am Bürger vorbei regiert. Der Bürgermeister vertritt die Interessen der Bundesbahn, damit diese zukünftig mit 80 km/h durch Starnberg brettern kann. Der erhebliche Mehrlärm und die Notwendigkeit von Lärmschutzwänden sind dann das i-Tüpfelchen der Verunstaltung unserer Seepromenade. Diese Lärmschutzwände sind gesetzlich veranlasst. Ihre Höhe wird wegen der Wohnbebauung über 4 Meter liegen müssen.

(Weitere Merkwürdigkeiten: Kirchplatz; Grundsteuererhöhung; statt Kredittilgung mit Festgeldern Subventionierung der Banken; Gewerbesteuer)

Lassen Sie uns unseren Spaziergang durch die Starnberger Ortspolitik noch kurz fortsetzen:

Mit den Baumängeln des hochgepriesenen Kirchplatzes, im Volksmund bereits „Überflutungsplatz“; „Steinwüste“ oder „Chinesischer Steinbruch“ genannt, beschäftigen sich bereits Anwälte und bald auch die Gerichte. Geplant war, dass Wittelsbacher Straße und Gehweg wie in der Maximilianstraße eine einheitliche Fläche bilden. Viel zu spät fiel den Verantwortlichen auf, dass dies nicht so ist. Ebenso wurden erst nach Abnahme die zu klein dimensionierten Entwässerungsrinnen entdeckt. Diesen Fehler hätte man schon in der Planung beanstanden müssen. Auch hätten die Verantwortlichen dem Stadtrat bei den Brunnenanlagen Profis zur Bauausführung vorschlagen müssen. Die Brunnen sprudeln immer noch nicht. Ich habe in der Bauausschusssitzung am 20. Dezember 2012 gebeten, vorsorglich wenigstens auch Schadenanzeige bei der städtischen Haftpflichtversicherung zu erstatten. Der Bürgermeister will dem nachkommen.

Es wäre besser gewesen, den Kirchplatz so zu belassen, wie er war.

Auch die Erhöhung der Grundsteuer zum 1.1.2013 ist weder notwendig noch sozial. Sie führt automatisch zu Mieterhöhungen bei den Bürgern. Ausgerechnet der SPD und den GRÜNEN scheint es völlig egal zu sein, dass für diese unnötige Geldbeschaffungsmaßnahme alle Bürger bluten müssen. Der Grundsteuererhöhung hätte es auch aus anderem Grunde nicht bedurft. Hätte die Stadt mit ihren Festgeldern in Millionenhöhe ihre Kredite getilgt, hätte sie sich hohe Zinsausgaben erspart. Wir hatten dies ab 2009 vorgeschlagen. Unsere Gegner lehnten dies ab. Sie wollten wohl lieber die kreditgebenden Banken subventionieren oder nur einem Antrag nicht zustimmen, weil er von der WPS kam.

Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird diese geniale Finanzriege auch noch zum Nachteil Starnbergs die Gewerbesteuer erhöhen.

Erreicht hat die Stadtratsmehrheit von UWG, SPD, GRÜNEN und Rest-CSU schon heute eine Pro-Kopf-Verschuldung von weit über 900 € und liegt damit um fast 50% über dem Landesdurchschnitt mit seinen 636 €. Eine tolle Leistung, die eindeutig für schleunigste Abwahl statt Wiederwahl spricht!

(Drittes Schicksalsthema: Eigene Stadtwerke bzw. Beteiligung am Regionalwerk Würmtal)

In dieses Denkschema passt auch der Traum von der Gründung eigener Stadtwerke. Die Stadt hält die finanziellen Belastungen dafür für den kommunalen Haushalt für überschaubar und meint es reiche aus, mit einer Kapitaleinlage von € 251.000 beim „Regionalwerk Würmtal“ einzusteigen.

Dies alles vor dem Hintergrund, dass Stadt und Landkreis Starnberg aus wirtschaftlicher Sicht für Windkraft völlig ungeeignete Standorte sind. Strom sollte dort erzeugt werden, wo der Ertrag am höchsten ist. Die Wirtschaftlichkeitsgrenze liegt bei durchschnittlicher Windgeschwindigkeit von ca. 6,5 m/s. Dieser Wert ist im Landkreis nirgendwo erreichbar.

Wer bei seiner Kalkulation nur das Erreichen der staatlichen Fördergrenzen plant, der baut nachhaltig auf Sand und befindet sich damit im Bereich windiger Steuersparmodelle. Er wird eines Tages sein teuer Erspartes verloren haben.

Starnberg ist und bleibt in erster Linie Naherholungsgebiet und ist kein Stromgewinnungsgebiet für München.

Für Starnberg ist und bleibt Energiesparen billiger und nachhaltiger als die Beteiligung an erneuerbaren Energien. Alles andere führt nur zu massiven Strompreiserhöhungen.

Meine Damen und Herren, dies waren nur einige wenige Punkte der Starnberger Ortspolitik.

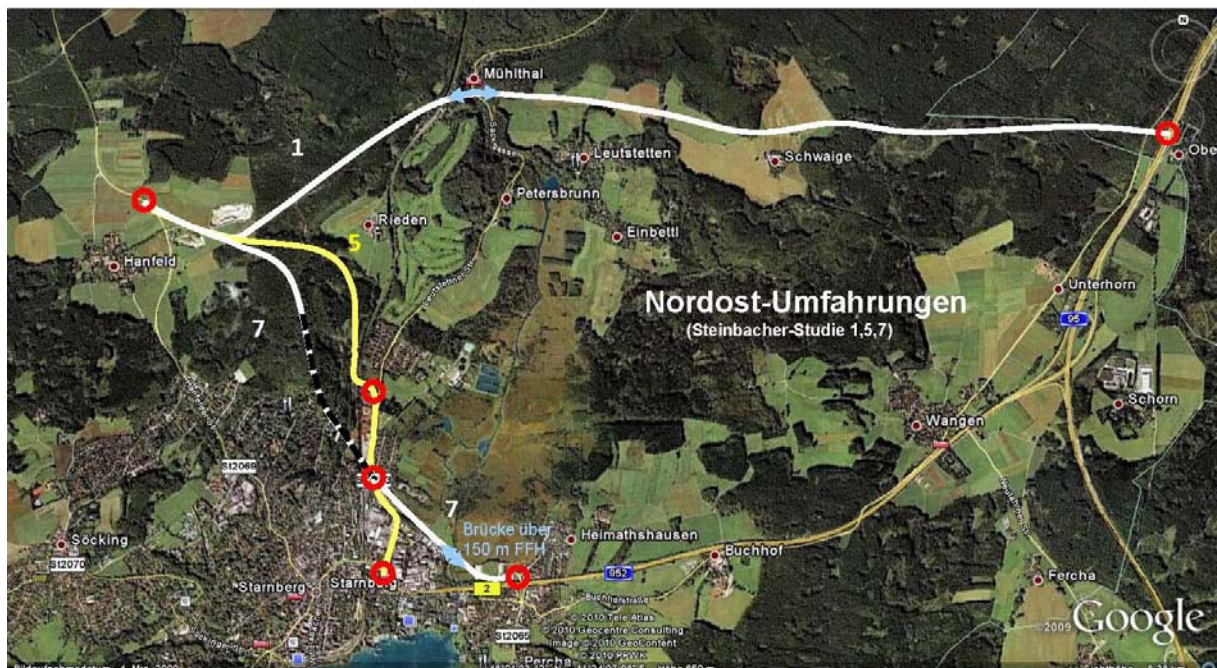
Der Stadtrat ab 2014 muss grundlegende Weichenstellungen treffen müssen. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger über vernünftige Menschen aus unseren Reihen gestärkt in den nächsten Stadtrat einziehen. Die Stadträte von UWG, Rest-CSU, GRÜNEN und SPD haben gezeigt, dass sie überfordert sind.

Die Jahre der Pfaffinger - Regentschaft sind und waren für Starnberg verlorene Jahre. Ihm ist es nicht gelungen, das Starnberger Verkehrsproblem, die Gesundheitsbelastung und die Bahnverträge in den Griff zu bekommen. Starnberg braucht einen Neuanfang.

Wir brauchen in Starnberg Gesundheit durch Umfahrung. Eine Umfahrung ist politisch und kostenmäßig machbar. Dazu brauchen wir die Mehrheit im Stadtrat.

Dank unserer Bemühungen konnte 2008 die Steinbacher Studie über die Machbarkeit von Umfahrungstrassen im Nordosten der Stadt durchgesetzt werden. Die Studie hat 2009 bestätigt, dass im Gegensatz zu den Behauptungen des Bürgermeisters, der UWG, der GRÜNEN und der SPD sehr wohl Umfahrungs-Trassen möglich sind.

Abbildung 3



Wenn die grünen Freunde des Bürgermeisters nicht mit einer Klage gegen die Westumfahrung drohen würden, dann könnten wir die erste Hälfte der von uns vorgeschlagenen Umfahrung 2013/14 bereits realisieren. Die restliche Nordost-Umfahrung, also von der Waldkreuzung bis zur Autobahn Garmisch, bleibt ab 2014 umzusetzen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen:

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: "Wer schnell gehen will, geht alleine. Wer weit gehen will, geht in Gemeinschaft." Wir wollen weit gehen. Dazu brauchen wir Sie, lassen sie uns gemeinsam marschieren. Die WPS ist der politische Arm der Bürgerinitiative Pro Umfahrung - contra Amtstunnel. Sie setzt sich jedoch aus ihrem Politikverständnis auch für alle weiteren Starnberger Bürgerinitiativen ein. Schenken Sie uns weiterhin Ihre Kraft und Ihr Vertrauen!

Die WPS wird Ihnen zur Kommunalwahl 2014 einen qualifizierten Bürgermeisterkandidaten präsentieren. Einen Bürgermeisterkandidaten, der auch nicht Millionen für Beratung braucht. Mittelmäßigkeit kann sich Starnberg nicht mehr leisten.

Unser Wunsch ist es, dass Starnbergs Bürger zukünftig einmal jährlich gemeinsam an einer Festtafel feiern, wie anlässlich des hundertjährigen Stadterhebungsjubiläums. Chapeau unserer Kulturreferentin, Frau Kienzle, für die Idee und deren Umsetzung im vergangenen Jahr.

Danke, meine Damen und Herren, dass Sie mir und damit der WPS heute Ihre Zeit und Geduld geschenkt haben.

Die WPS wünscht Ihnen allen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2013 und verspricht, sich auch in diesem Jahr für Sie erfolgreich einzusetzen.

Danke und Gottes Segen.